

SACHSEN vorwärts

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES SACHSEN
APRIL/MAI 2016

Seit Oktober 2015 ist die Dresdnerin Sabine Friedel (42) bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Mit dem SACHSEN-VORWÄRTS sprach sie über die Novellierung des sächsischen Schulgesetzes und sozialdemokratische Bildungspolitik:

Es soll ein neues Schulgesetz geben. Was heißt das ganz praktisch?

Na ja. Es wird kein völlig neues Schulgesetz geben. Das bestehende Schulgesetz soll novelliert, also an die Herausforderungen unserer Zeit angepasst werden. Ganz praktisch heißt das zum Beispiel: Es muss das Recht auf inklusive Bildung gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen. Es muss eine Antwort auf das demographische Ungleichgewicht – wachsende Städte, schrumpfende ländliche Räume – finden. Es muss zeigen, wie Kinder und Jugendliche auf lebenslanges Lernen und eine digitalisierte Welt vorbereitet werden. Oder auch, wie unsere öffentlichen Schulen freier, selbstbestimmter und demokratischer organisiert werden können.

Ein erster Entwurf liegt ja vor und ist öffentlich viel diskutiert worden. Erfüllt er all diese Kriterien?

Nein, noch nicht. Aber das ist ja gar nicht schlimm. Das Kultusministerium hat die Debatte eröffnet – zwar nicht mit einem bemerkenswerten Gesetzesentwurf, dafür aber mit einem bemerkenswerten Dialogprozess.

Üblicherweise dürfen zu einem nicht-öffentlichen Referentenentwurf ein paar Verbände ihre Stellungnahmen abgeben und mit etwas Glück werden vielleicht einige Hinweise berücksichtigt. Diesmal aber ist alles anders. Die Regierung hat gleich ihren allerersten Entwurf an die Öffentlichkeit gegeben und um Kritik gebeten. Die kommt dann natürlich auch. Aber das ist ja gut so!

Jetzt kommt es darauf an, mit der Kritik konstruktiv umzugehen und genau zu schauen: Was kann man besser machen? Welche Vorschläge kann man eins zu eins übernehmen? Bei welchen muss man Kompromisse suchen? Was ist nicht realisierbar und wie kann man das Anliegen stattdessen aufnehmen? Wenn dieser zweite Schritt im Beteiligungsprozess gelingt, dann hat Sachsen am Ende nicht nur ein ordentliches Schulgesetz, sondern auch einen wichtigen Fortschritt in der demokratischen Kultur erlebt.



RÜCKEN- WIND

FÜR SOZIALDEMOKRATISCHE BILDUNGSPOLITIK?

Wo siehst du die wichtigsten Kritikpunkte?

Die AfB hat sich sehr eingehend mit dem Entwurf befasst und selbst eine Stellungnahme eingebracht. Sie entspricht im Grunde auch dem, was wir in der Landtagsfraktion für verbesserungsbedürftig halten: Wir brauchen verbindliche Ressourcen im Gesetz, damit Inklusion auch wirklich gelingt. Das Schulschließungsmoratorium ist nicht vollständig umgesetzt. Wir müssen besonders die Oberschulen mehr stärken, außerdem bei der beruflichen Bildung nachlegen. Die Schulsozialarbeit sollte auf jeden Fall im Gesetz verankert werden und auch beim Thema Selbstbestimmung brauchen die Schulen mehr Möglichkeiten.

Und wird sich in all den Punkten noch etwas ändern?

Es muss. Man kann ja wohl schlecht einen großen öffentlichen Dialog veranstalten und dann so tun, als ob nichts gewesen wäre. Ich bin mir sicher, dass viele Kritikpunkte bereits mit dem zweiten, dem Kabinettsentwurf, ausgeräumt sein werden. Der soll dem Landtag Anfang Mai vorgelegt werden. Und wenn dann noch Dinge übrig bleiben, dann werden wir im parlamentarischen Prozess Änderungen herbeiführen müssen. Eine Schulgesetznovelle, die im Vergleich zum derzeit geltenden Gesetz nichts verbessert, muss man nicht beschließen. Dann tut es notfalls auch das alte Gesetz noch ein paar Jahre.

Was bedeutet das für die Bildungspolitik der SPD, also beispielsweise für unser Thema Gemeinschaftsschule?

Das Thema längeres gemeinsames Lernen hat die SPD ja immer wieder aufgemacht und vertreten – zuletzt bei den Koalitionsverhandlungen. Hier hat sich die CDU momentan festgefahren. Ganz ehrlich: Möglichkeiten für einen flächendeckenden Strukturwechsel an allen

Schulen sehe ich in Sachsen derzeit nicht. Dazu müssten die Menschen hier einfach mal anders wählen.

Wir müssen bei der nächsten Wahl wieder klar machen, dass es um genau solch eine Grundsatzfrage geht. Und bis dahin pragmatische Lösungen finden. Im Dialogprozess haben ganz viele den Wunsch nach längerem gemeinsamem Lernen immer wieder geäußert – die Eltern, die Gewerkschaften, die Schüler, die Wirtschaft. Ich denke, die Idee hat genug Rückenwind, dass sich Schulen vor Ort selbst dafür entscheiden würden, wenn sie könnten. Eine solche Freiheit im Schulgesetz zu geben, ohne gleich das ganze System zu verändern, das sollte nach dem intensiven Dialogprozess vielleicht sogar mit der sächsischen Union möglich sein.

Du bist erst seit Kurzem bildungspolitische Sprecherin. Wie war Dein Start?

Die Schulgesetznovelle war ein idealer Einstieg. Ich konnte in kurzer Zeit unzählige Gespräche führen – mit Lehrerverbänden, Elternräten, Schülervertretungen und allem, was dazu gehört. Genauso wichtig war es mir, nicht nur die Positionen der Verbandsspitzen zu kennen, sondern auch viele Schulen vor Ort zu besuchen, in den Städten und in den ländlichen Räumen, und dort mit den einzelnen Schülern und Lehrern zu reden. Mein Bild komplettiert sich langsam und es ist ein tolles Politikfeld, weil bei allen unterschiedlichen Positionen und Perspektiven, alle mit Leidenschaft an einer gemeinsamen Aufgabe arbeiten: junge Menschen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Gemeinschaft zu rüsten.

Wie geht es jetzt weiter?

Wir sehen dem Kabinettsentwurf gespannt entgegen. Die Landtagsfraktion hat, wo sie nur konnte, deutlich gemacht, was sie von diesem Entwurf erwartet. Sobald er da ist, werden wir erneut das Gespräch mit allen am Thema Interessierten suchen, damit am Ende eine Novelle verabschiedet werden kann, die unsere Schulen auch wirklich voranbringt. ■

Fortsetzungsetzung auf Seite 2:
Drei Fragen zur Schulgesetznovelle an die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB).

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG: DREI FRAGEN ZUR SCHULGESETZNOVELLE

Was findet die AfB gut, und wo sieht sie Nachbesserungsbedarf?

Fangen wir mit dem Lob an: Hier sehen wir hauptsächlich das Verfahren, den breiten öffentlichen Diskurs zum Referentenentwurf. Gut ist auch, dass Schulen mehr Verantwortung übernehmen können – wobei das zu vage ist und schon zu den Nachbesserungen führt: Beim Thema Verantwortung muss das Gesetz sehr viel mehr ermöglichen. Unsere Hauptkritik betrifft die Themen Inklusion und Schulnetz. In beiden Bereichen geht der Entwurf hinter den jetzigen Zustand zurück. Es ist skandalös, Inklusion von personellen und sächlichen Bedingungen abhängig zu machen, die gar nicht da sein können. Stattdessen muss gerade gesetzlich gesichert werden, dass die Bedingungen geschaffen werden.

Welche Änderungen erwartet die AfB von der SPD-Fraktion?

Wir stehen in gutem Kontakt mit der Fraktion und wissen, dass sie sich beim Thema Inklusion nicht nur für den Rechtsanspruch einsetzen wird. Es geht vor allem um die Unterstützung der Schulen mit Ressourcen und Kompetenzen. Zum anderen sollen die Schulen mehr mitentscheiden können. Lehrer müssen auf Schüler eingehen und sich im Sinne der Schulen wirklich einbringen können. Das würde unsere Schulen auch für Lehrer attraktiver machen. Das längere gemeinsame Lernen muss von unten wachsen können. Zudem brauchen wir ein dichtes Schulnetz auch im ländlichen Raum, welches aber nicht auf Kosten der Ballungsräume finanziert werden darf.

Ein kurzes Fazit zum Entwurf?

Das ist ein Entwurf der Verwaltung, der die wirklichen Probleme wie Bildungsgerechtigkeit, digitale Revolution oder den Lehrermangel nicht angeht. Es wird lediglich versucht, die daraus resultierenden Schwierigkeiten besser zu verwalten. Und um den Bogen zu schließen: Wir hätten uns gewünscht, dass die Novelle nicht nur über zwei Jahre in der Schulverwaltung vorbereitet wird. Die öffentliche Diskussion hätte schon seit zwei Jahren laufen müssen. ■



Siegfried Kost, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung, eröffnete den „Austausch zur Schulgesetznovelle“ am Donnerstag, den 7. April im Herbert-Wehner-Saal in Dresden. (Bild: Melanie Weser)

DULIG SPRICHT MIT POLIZISTEN DIE DISKUSSION MUSS WEITERGEHEN



Martin Dulig und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben sich zum Küchentisch-Gespräch getroffen. Etwa 30 Polizisten diskutierten am 23. März mit dem SPD-Chef über die Situation der Polizei, Belastungen und den besonderen Druck in einer angespannten politischen Situation. Anlass waren die von Dulig im Interview mit der ZEIT aufgeworfenen Fragen nach Sympathien für Pegida innerhalb der sächsischen Polizei, die kritische Personalsituation und die Ausbildung.

„Die Polizisten machen einen ordentlichen Job, stehen unter Druck und halten ihren Buckel hin. Natürlich gibt es auch Verärgerung, wenn ihre Arbeit kritisiert wird“, sagte Dulig. Klar sei aber: Auch die Polizei darf kein kritikfreier Raum sein. Kritik ist keine Beleidigung, sondern etwas Konstruktives. So gab es auch Zustimmung aus den Reihen der Polizei, denn gerade bei den Punkten Ausbildung und politischer Bildung sprach Dulig vielen Beamten aus dem Herzen. Martin Dulig hatte im Interview aktuelle Fragen gestellt, die geklärt werden müssen. Fragen, die sich viele stellen. Dazu gibt es bei der Polizei Klärungsbedarf und auch die Staatsregierung muss Verantwortung übernehmen.

Mit dem Sonderkabinettsbeschluss vom 4. März sind erste Schritte gemacht. Es wird eine eigene Professur für gesellschaftspolitische Bildung an der Polizeihochschule Rothenburg geschaffen. Themen wie interkulturelle Kompetenz und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit werden stärker in die Aus- und Fortbildung der Polizei einbezogen. Der Stellenabbau wurde gestoppt.

Die GdP gab dem SPD-Chef einiges mit auf den Weg. Dazu gehörte die steigende Respektlosigkeit gegenüber der Polizei, Aus- und Fortbildungsinhalte und die Führungs- und Sozialkompetenz.

Beim Gespräch nahmen weder der SPD-Chef noch die Polizisten ein Blatt vor den Mund. Die Leipziger Volkszeitung schrieb dazu: „Dulig machte das, was viele Menschen heutzutage vermissen: Unzweideutige Aussagen treffen, klare Position beziehen, sich der Diskussion ohne Vorbedingungen stellen.“ Es war ein gutes Gespräch. Nun muss die Diskussion weitergehen, auch innerhalb der Polizei. ■

ES WIRD GERECHTER ZWISCHEN OST UND WEST ABER ES BLEIBT VIEL ZU TUN!

von Daniela Kolbe

Die Renten steigen so stark wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Im Westen um 4,25 Prozent und im Osten sogar um 5,95 Prozent. Die anhaltende Rekordbeschäftigung und steigende Löhne sorgen für verlässliche und nachhaltige Rentenfinanzen. Ein Glück, dass die Niedriglohnpolitik der CDU endlich Geschichte ist.

Der Mindestlohn wirkt. Dank des Mindestlohns gab es insbesondere im Osten Lohnerhöhungen, so dass die Rentenerhöhung entsprechend hoch ausfiel. Ich will hier daran erinnern, dass sowohl die CDU Sachsen als auch AfD gegen einen Mindestlohn waren. Mit Schwarz-Blau hätte es diesen Erfolg nicht gegeben.

Wir haben im Koalitionsvertrag die solidarische Lebensleistungsrente vereinbart, deren Einstieg nun im Bundeshaushalt abgebildet sein wird. Wir brauchen die Solidarrente in Sachsen! Durch die CDU-Niedriglohnstrategie der letzten Jahre erwarten gerade hier viele, die ihr Leben hart gearbeitet haben, eine Rente auf Armutsniveau, also auf gleichem Niveau wie Menschen, die nie eingezahlt haben. Das ist nicht gerecht.

Wir dürfen uns aber auf diesem Erfolg nicht ausruhen. Mit der aktuellen Anpassung beträgt der Rentenwert Ost weiter nur etwa

TERMINE

www.dgb.de/erstermal2016
1. MAI 2016

ZEIT FÜR MEHR SOLIDARITÄT

VIEL ERREICHT UND NOCH VIEL VOR! **DGB**

SPD SACHSEN LÄDT EIN:

SOMMERFEST 11. JUNI 2016

14 - 18 UHR IM SONNENLANDPARK LICHTENAU

BRANDIS

Montag, 9. Mai, 19 Uhr

Küchentischtour mit Martin Dulig, Petra Köppling und Arno Jesse
Ort: Parkschlösschen Café, Bahnhofstraße 22

RADEBEUL

Dienstag, 21. Juni, 19 Uhr

Küchentischtour mit Martin Dulig
Ort: n.n.

Infos unter:

www.spd-sachsen.de/Kuechentisch-tour



94,1 Prozent des Westwertes. Unser Ziel bleiben 100 Prozent bis 2020. Über zwei Jahrzehnte nach der Deutschen Einheit muss die letzte Gerechtigkeitslücke zwischen Ost und West geschlossen werden.

Mit der Kabinettsentscheidung zum Haushalt rückt diese Rentenangleichung in greifbare Nähe. Mitte 2016 wird das Arbeits- und Sozialministerium einen Fahrplan vorlegen, wie die Rentenangleichung erfolgen soll. Wir wollen eine erste Teilanpassung im Jahr 2017, um dann schrittweise bis 2020 den Wert anzugleichen. Wir halten Wort. An der Rentenangleichung führt kein Weg mehr vorbei. Ich hoffe, dass dies nun auch die letzten ostdeutschen CDU-Politiker verstanden haben. ■

DAS INTEGRATIONSPAKET TRÄGT ZUM ZUSAMMENHALT DER GESELLSCHAFT BEI

von Petra Köpping

Um die Integration in Sachsen voran zu bringen, hat die Staatsregierung im März ein 34,4 Millionen Euro schweres Integrationspaket verabschiedet. Damit bereiten wir den Weg für viele Asylsuchende, die hier in Sachsen Fuß fassen wollen. Gleichzeitig unterstützen wir die Kommunen und Ehrenamtlichen. Im Integrationsministerium arbeiten wir nun mit Hochdruck daran, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen. Was steckt im Integrationspaket?

Eine erste Orientierung für alle: Unsere »Wegweiskurse« werden künftig in allen Erstaufnahmeeinrichtungen angeboten. Die Teilnehmenden lernen hier Grundlegendes über den Alltag in Deutschland und bekommen den ersten Deutschunterricht.

Sprachkurse in den Kommunen: Sachsen wird eigene Sprachkurse für Geflüchtete und Asylsuchende mit Bleibeperspektive anbieten, die vom Bund nicht gefördert werden, damit die Menschen so schnell wie möglich Deutsch lernen.



Dolmetscher in den Kommunen: Damit die Verständigung zwischen Zugewanderten und Behörden und den Menschen vor Ort besser klappt, werden die Landkreise und Kreisfreien Städte künftig beim Aufbau von Servicestellen für Sprach- und Integrationsmittler unterstützt.

Mehr Geld für soziale Betreuung und integrative Maßnahmen: Mit der Richtlinie „Soziale Betreuung“ können die Kommunen den Geflüchteten bei alltäglichen Herausforderungen besser zur Seite stehen. Die Förderrichtlinie „Integrative Maßnahmen“ stärkt Engagierte. Gefördert werden Projekte, die sich für die gesellschaftliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen.

Stärkung von Frauen mit Migrationshintergrund: Frauen und Mütter werden künftig besonders unterstützt, denn ihnen kommt eine Schlüsselrolle in ihren Familien zu.

Besserer Schutz vor Gewalt: Viele Frauen und Mädchen haben vor und auf der Flucht Traumatisches erlebt. Sie haben verstärkt Hilfe und Schutz in Frauenhäusern und Beratungsstellen gesucht. Immer mehr Frauen sind zudem mit Kindern unterwegs. Die Hilfesysteme bekommen daher mehr finanzielle Mittel.

Fortbildungen für Ehrenamtliche: Engagierte und ihre Vereine tragen dazu bei, dass Geflüchtete gut bei uns ankommen. Auch mit Fortbildungen werden sie daher künftig in ihrer wichtigen Arbeit unterstützt.

Mit diesen und vielen weiteren Maßnahmen stärken wir Geflüchtete, Engagierte, unsere Kommunen und damit den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Das Jahr 2015 war das Jahr der Unterbringung. Das Jahr 2016 muss das Jahr der Integration werden. Mit dem Integrationspaket sind wir auf einem guten Weg, damit uns das gelingt. ■

„ES GIBT WENIG TYPISCHE TAGE“

Ich bin Nico, gehe in die 9. Klasse, war Praktikant in der SPD-Regionalgeschäftsstelle in Dresden – und durfte ein Interview für den SACHSENVORWÄRTS führen. Als Gesprächspartner habe ich mir den Landesgeschäftsführer Jens Wittig ausgesucht.



Nico: Wie läuft denn so ein typischer Tag bei dir ab? Es gibt wenig typische Tage. Manchmal habe ich den ganzen Tag Termine in der Landtagsfraktion, im Ministerium oder in Berlin im Willy-Brandt-Haus. Der andere große Teil sind Bürozeiten. Hier treffe ich Absprachen mit den Leuten in der Geschäftsstelle und organisiere Dinge. Jeder Tag beginnt spätestens mit der Morgenlage um 8:30 Uhr.

Nico: Mit der Morgenlage? Das ist eine kurze Telefonschleife zwischen einigen Kolleginnen und Kollegen aus Landesgeschäftsstelle, Landtagsfraktion und SPD-Ministerien. Wir schauen, was in der Presse steht und am Tag anliegt und sprechen ab, worauf wir achten müssen.

Nico: Geschäftsführer, war das von Anfang an dein Traumjob? Nein. Einen Traumjob hatte ich noch nie. Ich plane mein Leben konkret eigentlich nicht länger als fünf Jahre voraus, damit lebe ich bisher ruhiger. Die Art und Weise dieses Jobs ist aber schon so, wie ich mir das gewünscht habe.

Nico: Was ist denn das spannendste an deinem Job? Zwei Dinge. Zum einen Haushalts- und Finanzplanung. Hier achte ich darauf, dass das Geld beim Landesverband zusammen bleibt, damit genug für Parteiarbeit und Wahlkämpfe da ist. Zum anderen „operationalisiere“ ich gerne. Das heißt, ich „übersetze“ gerne Ideen ins praktisch Organisierbare und setze sie mit meinem Team bestmöglich um.

Nico: Wie oft bist du in der Regel unterwegs? Das schwankt. In einer Ferienwoche gibt es nicht so viele Sitzungen. Da bin ich oft im Büro. Ich mag diese Zeit, weil ich nicht viele Außentermine habe und straff Dinge abarbeiten kann. Dann gibt es Wochen, in denen habe ich tagsüber und abends viele Termine und ziemlich wenig Luft. Das ist aber alles eine Frage der Organisation.

Nico: Meine letzte Frage ist: Wie werde ich Geschäftsführer? Grundsätzlich solltest du dich für Politik interessieren und dich engagieren. Du brauchst Durchhaltevermögen, starke Nerven und musst Stress aushalten können. Du musst natürlich SPD-Mitglied werden. Und du solltest eine Portion Gelassenheit mitbringen. Das macht die Sache entspannter.

WIE BRINGT DIE SPD MEHR FRAUEN IN DIE KOMMUNALPARLAMENTE?

Team Geschlechtergerechtigkeit lädt zu Ideenrunde und Diskussion ein

4.400 Menschen umfasst die SPD Sachsen, davon sind nicht einmal ein Viertel Frauen. Von 51 Kandidaturen, die die SPD bei den Bürgermeister*innen- und Landrät*innenwahlen 2015 unterstützt hat, waren nur 9 Frauen. Es gibt also Bedarf, diese Zahlen zu steigern. Deshalb wollen wir langfristig die Unterbezirke dabei unterstützen, geeignete Kandidierende – vor allem Kandidatinnen – zu finden und für erfolgreiche Kandidaturen aufzubauen, damit bei den nächsten Kommunalwahlen mehr Frauen erfolgreich für die SPD kandidieren.

Gemeinsam soll ein „Werkzeugkoffer“ entwickelt werden, der den Unterbezirken hilft, geeignete Kandidierende zu finden und zu begeistern.

Das „Team Geschlechtergerechtigkeit“ im SPD-Landesvorstand lädt zu einer Diskussions- und Ideenrunde am **12. Mai 2016, 18.30 Uhr**, nach Dresden, Landesgeschäftsstelle, Herbert-Wehner-Saal, Könnertitzstraße 3, ein.

Anmeldung unter:

www.anmeldung.spd-sachsen.de

SPD-ARBEITNEHMER MIT NEUEM VORSTAND



Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD Sachsen hat auf ihrer Landeskonferenz am 27. Februar in Dresden einen neuen Vorstand gewählt und sich mit Fragen der Arbeitsmarktintegration beschäftigt.

Neue Landesvorsitzende ist Irena Rudolph-Kokot (Leipzig). Stellvertreter sind Markus Schlimbach (Dresden) und Jan Otto (Bautzen). Sie werden von den Beisitzerinnen und Beisitzern Henning Homann, Ute Franke, Ilko Keßler, Jadranka Cesljarevic, Sebastian Will, Volker Linke, Bernd Bahr, Victor Weiler und Mike Thomas unterstützt. www.afa-sachsen.de

LEMM BLEIBT VORSITZENDER DER SÄCHSISCHEN SGK



Am 5. März trafen sich Sachsens sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Politiker in Freiberg, um auf der Mitgliederversammlung der sächsischen SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) einen neuen Landesvorstand zu wählen. Radebergs Oberbürgermeister Gerhard Lemm wurde als Landesvorsitzender bestätigt. Die Finanzen bleiben in der Hand des langjährigen Schatzmeisters, Hoyerswerdas Bürgermeister Thomas Dellling. Zu Stellvertretern wurden die Landtagsabgeordneten Volkmar Winkler und Jörg Vieweg gewählt. Komplettiert wird der Vorstand durch Martina Angermann, Bürgermeisterin von Arnsdorf, Johanna Thoeke, Dresdner Ortsbeirätin, Dr. Thomas Voigt, Beigeordneter im Landkreis Leipzig, den Wurzener Stadtrat Peter Konheiser und Steffen Thiele, Stadtrat in Heidenau. www.sgk-sachsen.de



SPD Sachsen trauert um Bernd Klose

Mit tiefer Bestürzung haben wir vom Tod Bernd Kloses erfahren. Mit ihm verliert die sächsische SPD einen langjährigen Weggefährten und aufrichtigen Sozialdemokraten der ersten Stunde. Als Markkleeberger Urgestein hat sich Bernd fast 20 Jahre als Bürgermeister und später als Oberbürgermeister für die Menschen in Markkleeberg stark gemacht. Bernd war ständig unterwegs für seine Stadt, immer mit dem Herzen dabei und hat sich selten geschont. Mit seinem leidenschaftlichen Engagement hat er sich große Anerkennung weit über Markkleeberg hinaus verdient. Unsere Gedanken sind in diesen traurigen Tagen bei seiner Familie und bei seinen Angehörigen. Wir werden Bernd nicht vergessen.

Im Namen der SPD Sachsen
Martin Dulig, Landesvorsitzender
Daniela Kolbe, Generalsekretärin

EINBERUFUNGEN

LANDESKONFERENZ DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN

Samstag, 28. Mai 2016, 10 Uhr,

Herbert-Wehner-Saal, Könnertitzstr. 3, Dresden

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. Bericht der MPZK
4. Wahlen des Vorstandes (Vorsitzende, zwei stellv. Vorsitzende, Beisitzerinnen)
5. Wahl der zwei Delegierten zur Bundeskonferenz
6. Wahl der Delegierten zum Bundesausschuss
7. Wahl der 6 Delegierten zum Landesfrauenrat
8. dazwischen ggf. Antragsberatung
9. Schlusswort der Landesvorsitzenden

Kinderbetreuung wird angeboten. Anmeldung unter: www.anmeldung.spd-sachsen.de

VOLLVERSAMMLUNG DER ARBEITSGEMEINSCHAFT LESBEN UND SCHWULE IN SACHSEN

Samstag, 18. Juni 2016, 10 Uhr,

Herbert-Wehner-Saal, Könnertitzstr. 3, Dresden

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Wahl der Sitzungsleitung
4. Wahl der MPZK
5. Bericht des alten Vorstandes
6. Aussprache
7. Wahl der/s Vorsitzenden
8. Wahl der/s zwei stellv. Vorsitzenden
9. Wahl der zwei BeisitzerInnen
10. Wahl der zwei Delegierten für die Bundeskoordinierungstreffen
11. Wahl der/des Vertreterin/s im Bundesausschuss der Schwuos
12. Antragsberatung
13. Schlusswort der/des Vorsitzenden

Anmeldung unter:

www.anmeldung.spd-sachsen.de

LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER JUSOS SACHSEN

Samstag, 2. Juli 2016, 10 Uhr, Mehrzweckhalle Taucha, Geschwister-Scholl-Str. 6, Taucha

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
 - a. Wahl des Tagungspräsidiums
 - b. Beschluss der Tagesordnung
 - c. Beschluss der Geschäftsordnung
 - d. Wahl der MPZK
3. Antragsberatung
4. Wahlen
 - a. Bundeskongress-Delegierten
 - b. Wahl der/des Ehren-Juso
5. Schlusswort

Der Antragsschluss ist der 3. Juni.

TERMINE II

CHEMNITZ

Samstag, 21. Mai, 10 Uhr

Unterbezirksparteitag der SPD Chemnitz
Ort: Neue Mensa Chemnitz, Reichenhainer Straße 55

RÖTHA

Samstag, 4. Juni, 10 Uhr

Kreisparteitag der SPD Leipzig Land
Ort: Volkshaus Rötha, August-Bebel-Straße 65

FLÖHA

Samstag, 4. Juni, 10 Uhr

Kreisparteitag der SPD Mittelsachsen
Ort: Wasserbau, Claußstraße 3

PLAUEN

Samstag, 18. Juni, 10 Uhr

Unterbezirksparteitag der SPD Vogtland
Ort: Alte Feuerwache, Neundorfer Straße 3

IMPRESSUM

Informationen der SPD Sachsen
Könnertitzstraße 3, 01067 Dresden
Redaktion: Caroline Max, Julian Hoffmann
Satz/Layout: Julian Hoffmann, Marc Dietzschkau
Bilder: Julian Hoffmann / SGK Sachsen / Bernd Klose: Matthias Wuttig
V.i.S.d.P.: Jens Wittig, Tel.: 0351/433 560
E-Mail: lv-sachsen@spd.de

Redaktionsschluss: 12. April 2016